

Thesen Britta Haßelmann MdB zur Fachtagung “Kommunen vor der Pleite“ am 13.4.2010 in Duisburg

Strukturelle Veränderungen sind nötig – Gemeindefinanzen müssen neu aufgestellt werden!

- Die Kommunen stehen vor dem Kollaps.
Nicht nur aufgrund der Wirtschaftskrise.
Mehr als die Hälfte der Steuerausfälle unserer Städte und Gemeinde geht auf das Konto von Steuersenkungen - von schwarz-rot als auch von schwarz-gelb.
- Allein seit Ende 2008 waren dies 6,5 Mrd. Euro jährlich!
- Kein Wunder, dass die Kommunen trotz Konjunkturpaket in 2009 ein Defizit 7 Mrd. Euro aufweisen.
- Besonders betroffen sind die armen Kommunen. Die Kluft zwischen armen und reichen den Kommunen wächst, weil seit Jahren keine nachhaltigen Vorschläge zur Bewältigung der sozialen Verwerfungen und den Folgen des demografischen Wandel vorliegen

Steuersenkungen

- Union und FDP machen weiter so: Sie vertagen die Probleme der Kommunen in eine Kommission, die von der Bundesregierung ins Logbuch geschrieben bekommen hat, dass es nichts zu verteilen gibt: oder wie es der Kabinettsbeschluss formuliert „... hat die Kommission auf die Vermeidung von Aufkommens- und Lastenverschiebungen, insbesondere zwischen dem Bund auf der einen und Ländern und Kommunen auf der anderen Seite“.
- Die FDP will 16 Mrd. weitere Steuersenkungen – obwohl die Kommunen erst 2013 mit einer Verbesserung ihrer desaströsen Finanzsituation rechnen – das kostet die Städte und Gemeinden immer noch 2,4 Mrd. Euro jährlich an Mindereinnahmen
- Sie sagen den Menschen vor der NRW-Wahl nicht die Wahrheit – sie winden sich raus mit der Steuerschätzung im Mai – wo heute schon jeder weiß, dass die Einnahmen der Kommunen noch mehr einbrechen werden als im November geschätzt.

Kosten der Unterkunft

- Noch im Dezember haben Union und FDP den Kommunen den Bundesanteil an den Unterkunftskosten für Hartz IV-Empfänger auf 23 % gesenkt, obwohl die Kosten der Kommunen für die Unterkunft der Hilfebedürftigen steigen. Wenn man die tatsächliche Kostenbelastung berücksichtigt wie wir Grüne es fordern, müsste der Bundesanteil um 1,8 Mrd. Euro höher sein. Ein grüner Antrag zum Bundeshaushalt, diese Summe als erste Notmaßnahme für die Kommunen zu zahlen, wurde abgelehnt.
- Zu den wachsenden Sozialausgaben der Kommunen sagt Frau Merkel: „Wir müssen uns von Besitzständen und Standards trennen“
Trennen müssen sich die hilfeschuchenden Hartz IV-Beziehenden. Von Pauschalierung ist die Rede. Der schwarz-gelbe Koalitionsvertrag verrät: Union und FDP wollen die Unterkunftskosten deckeln und so die Kostenbelastung der Kommunen senken – sie planen die Kommunen, denen sie zuvor das Wasser abgegraben haben, zu Lasten der Schwächsten der Gesellschaft entlasten

Gewerbesteuer

- Angela Merkel hat noch im Mai letzten Jahres den Kommunen auf der Hauptversammlung des Deutschen Städtetages versprochen, bei der Gewerbesteuer bleibt alles beim Alten. Jetzt heißt es – sie soll abgeschafft werden und durch höhere Umsatzsteueranteile und Hebesätze auf die Einkommens- und Körperschaftssteuer ersetzt werden.
- Das heißt mit 37 Mrd. Euro sollen die Unternehmen entlastet werden und aus ihrer Verantwortung für die kommunale Daseinsvorsorge genommen werden.
- Abschaffung der Gewerbesteuer heißt Steuererhöhungen für alle. FDP und Union erklären gezielt nur andeutungsweise, wo die 37 Mrd. Euro aus der jetzigen Gewerbesteuer aufkommensneutral für Bund, Länder und Kommunen herkommen sollen. Im Ergebnis werden die BürgerInnen vor allem in den Städten saftige Aufschläge auf ihre Einkommenssteuer zahlen müssen, damit

die Gemeinden weiterhin Theater, Bibliotheken, Sporteinrichtungen und Kitas aufrechterhalten können.

- Union und FDP wollen die Quadratur des Kreises: Die Gewerbesteuer abschaffen und durch höhere Umsatzsteueranteile sowie Hebesätze auf die Einkommenssteuer und Körperschaftssteuer ersetzen.
Das Ganze aufkommensneutral im Hinblick auf die Steuerverteilung zwischen dem Bund einerseits und den Ländern/Kommunen andererseits.
- Sie wollen mit ihrer Kommission allenfalls Zeit schinden, aber nicht wirklich den Städten und Gemeinden helfen.

Wir brauchen sobald wie möglich

- eine Weiterentwicklung der Gewerbesteuer zu einer kommunalen Wirtschaftssteuer
- eine ökologische Ausrichtung und Stärkung der Grundsteuer
- Altschuldenhilfe von Bund und Ländern für besonders notleidende Kommunen

und Verfassungsänderungen, die die strukturelle Unterfinanzierung der Kommunen beseitigen, und zwar

- Kommunale Mindestfinanzausstattung
- Aufhebung des Kooperationsverbotes
- Regelungen zur Konnexität auch im Bund
- verbesserte Anhörungsrechte für die Kommunen

Zahlen auf einen Blick

Mindereinnahmen für die Kommunen aufgrund von Steuererleichterungen:

Konjunkturpakete I. und II.	2,5 Mrd.
Bürgerentlastungsgesetz	1,7 Mrd.
sog. Wachstumsbeschleunigungsgesetz	1,6 Mrd.
Änderung bei Funktionsverlagerungen	0,7 Mrd.
Summe	6,5 Mrd.

Finanzlage

Statistisches Bundesamt

2009 Finanzierungssaldo Kommunalen Gesamthaushalt

+ 7,7 Mrd. in 2008 auf – 7,1 Mrd. in 2009 = Einbruch von 14,8 Mrd. Euro!

Minus Steuern – 11,4 % = 8 Mrd.

Minus Gewerbesteuer 19,7 % = 6 Mrd.

Erwartung 2010: Finanzierungssaldo: Minus 12 Mrd.!

Wirtschaftswachstum 1,5 %, Minus bei Steuern von 12 Mrd. Euro (im Vergleich zu 2008), Unterkunftskosten steigen auf 11 Mrd. Euro

Grüne Forderungen im Bundeshaushalt 2010

Sofortmaßnahme	3,3 Mrd. Euro
davon	
Unterkunftskosten ALG II	+ 1,8 Mrd. Euro
Verzicht auf Funktionsverlagerung	+ 0,65 Mrd. Euro
Steuerliche Maßnahmen	+ 0,86 Mrd. Euro